

Rat der Stadt Köln

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker
Rathausplatz 2
Historisches Rathaus
50667 Köln

Sitzung des Rates der Stadt Köln am 07.04.2022

Antrag gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Tag der Jugend im Rathaus

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sehr geehrte Teilnehmende und Gäste dieser Ratssitzung,

wir sind Schüler*innen der Q2 an der Königin-Luise Schule und haben uns im Rahmen des SoWi-Zusatzkurses aktiv am Projekt "Tag der Jugend im Rathaus 2022" beteiligt.

Auch wenn wir vielfältige Themen diskutiert haben, die z.B. mit der Gestaltung des öffentlichen Raumes oder einer ökologischen und klimagerechten Transformation der Stadt Köln im Zusammenhang standen, haben wir uns in mehreren demokratischen Abstimmungen einstimmig für das Thema "Psychische Gesundheit von Schüler*innen in Köln" entschieden.

Für unseren Fraktionsantrag haben wir die **KLS-Fraktion** gegründet und anschließend im Unterricht mit Politiker*innen und Mitarbeiter*innen aus der Fachverwaltung gesprochen.

Wir stellen stellvertretend für viele Kölner Schulen fest, dass,

- viele Jugendliche und Heranwachsende mit psychischen Belastungen bei sich selbst und in ihrem Umfeld konfrontiert sind
- Beratungsangebote überlastet und Stellen überfordert sind, diese jedoch essentiell für eine schnelle und akute Hilfe sind
- Sensibilisierung an Schulen fehlt, unter Schüler*innen, aber auch bei Lehrer*innen
- es Zeit ist, das Thema zu enttabuisieren und eine Kultur des Hinsehens und Aufeinander achten zu schaffen

Die **KLS-Fraktion** bittet deshalb, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung zu setzen.

„Psychische Gesundheit bei Schüler*innen in Köln“

Beschluss: Der **Rat der Stadt Köln** beauftragt die Verwaltung folgende Maßnahmen zu beschließen:

1. Den Schulpsychologischen sowie Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst als externes Beratungsangebot personell zu verstärken, z.B. für regelmäßige Sprechstunden an den Schulen.
2. Alle Kölner Schulen sollen ein Beratungslehrer*innen-Team bzw. ein Angebot durch Schulsozialarbeit einrichten, an das sich die Schüler*innen mit Problemen und Sorgen wenden können.
3. Verstärkter und flächendeckender Einsatz von Schulsozialarbeiter*innen an allen Schulformen.
4. Schaffung von verstärkter und gezielter Aufklärung für Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern über psychische Sachverhalte und Krisen sowie deren Prävention in der Schule. Dies soll helfen, zu Sensibilisieren und einen angemessenen und offenen Umgang mit dem Thema zu finden.
5. Diese Maßnahmen sollen in einem Pilotprojekt für zwei Jahre in den verschiedenen Schulformen erprobt werden. Danach soll eine Evaluation erfolgen.

Begründung: Nicht nur durch die Corona-Pandemie lässt sich in den vergangenen Jahren ein deutlicher Anstieg von psychischen Erkrankungen und Krisen im Jugendalter verzeichnen. Laut der Bundespsychotherapeutenkammer erkranken fast 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland innerhalb

eines Jahres an einer psychischen Störung (10/2020). Über die Hälfte aller psychischen Erkrankungen entstehen so vor dem 19. Lebensjahr. Zudem werden laut BPTK-Präsident Dr. Dietrich Munz: “psychische Krankheiten bei Kindern und Jugendlichen werden immer noch viel zu häufig nicht erkannt und behandelt”. So sind immer mehr Jugendliche davon betroffen oder in sozialen Gruppen mit dem Thema konfrontiert. Im Schnitt leiden zwei Kinder pro Klasse unter Depressionen (Deutsche Depressionshilfe, 2019). Und auch, wenn der sozioökonomische Status eine Rolle für die Häufigkeit spielt (BPTK, 2020), das Problem und so auch der Handlungsbedarf besteht übergreifend.

In einer von uns geführten anonymen Umfrage gab es eine überwältigende Anzahl von Antworten, die diese Erfahrungen bestätigen. Einige erzählen von ihren persönlichen Problemen wie “Dadurch, dass man in der Schule immer ein Lächeln zeigt, obwohl es einem eigentlich mental eher weniger gut geht, wird die Zeit alleine noch härter”. Andere berichten auch von psychischen Problemen im Freundeskreis: “... ich weiß teilweise nicht, wie ich für sie da sein soll und was ich tun kann um sie zu unterstützen.”.

Wir Schüler*innen verbringen viel Lebenszeit in der Schule und sprechen uns daher deutlich dafür aus, hier anzusetzen und für das Thema zu sensibilisieren und auch zu enttabuisieren.

Hierbei sind jedoch nicht nur mangelnde Informationen ein Problem, sondern auch überlastete Beratungsangebote. Beratungslehrer*innen an den Schulen werden von der hohen Anzahl an Anfragen überannt. Die dafür gewährten Entlastungsstunden pro Woche können den Bedarf nicht auffangen. Aber auch bei externen Angeboten, wie dem schulpsychologischen Dienst, kommt es zu Überlastungen. Statistisch ist in Köln 1 Schulpsycholog*in für 6400 Schüler:innen zuständig. Auch unter der aktuellen Pandemiesituation sind dies nicht nur zu wenige Fachkräfte, sondern es gibt auch immer noch zu lange und ineffiziente Einstellungsverfahren von bis zu 2 Jahren, bis neue Fachkräfte eingestellt werden. Ähnliche Erfahrungen liegen auch beim kinder- und jugendpsychiatrischen Dienst vor.

Das Thema ist zu wichtig, zu groß und zu präsent. Hier besteht Handlungsbedarf!

So fordert auch die Leopoldina (2021): “Unterstützung und Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte und Lehrkräfte, z.B. durch Materialien, die ihnen helfen, mit den Kindern über deren Pandemie-Erfahrungen zu sprechen bzw. zu erkennen, ob die Kinder mehr professionelle Hilfe benötigen. Um individueller Förderung und Erfordernissen gerecht zu werden, sollte Unterstützung durch weitere Fachpersonen, insbesondere durch Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe oder auch durch z.B. pensionierte pädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte geleistet werden.”.

So zeigt sich nicht nur basierend auf unseren persönlichen Erfahrungen ein “erhöhter Versorgungsbedarf für psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen – einer Gruppe, für die es bereits vor der Pandemie Hinweise auf ungenügende psychotherapeutische Behandlungsangebote gab.” (Leopoldina, 2021).

Finanzierung:

1. Funktionierende Prävention spart an anderen Stellen Geld. Die jährlich erforderlichen städtischen Eigenmittel im dreistelligen Millionenbereich für pädagogische oder sanktionierende Maßnahmen, die zur Bekämpfung negativer Folgen aufzubringen sind, können dadurch verringert werden.
2. Die Entlastungsstunden für Beratungslehrer*innen müssen außerhalb des schulischen Entlastungsstundenpools erweitert werden. Hierzu bedarf es Geld vom Land. Die Verwaltung wird gebeten, dieses Problem mit der Bezirksregierung aktiv anzugehen und umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen,
gez. für die KLS-Fraktion:

Antonia Leipertz, Felix Paß, Rebecca Klimczak